

2041/AB XXI.GP
Eingelangt am:30.04.2001

BUNDESMINISTERIUM für
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Terezija Stojsits, Freundinnen und Freunde haben am 2. März 2001 unter der Nr. 20467J - NR72001 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Menschenrechtssituation in der Türkei und den fehlenden Druck Österreichs bzw. der Europäischen Union gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Hinblick auf die Bedeutung der Menschenrechte für die Gestaltung der internationalen Beziehungen sowie angesichts seines klaren Bekennnisses zu diesen Grundwerten thematisiert Österreich Fragen des Menschenrechtsschutzes regelmäßig bei bilateralen Kontakten auch mit der Türkei. In den Besprechungen mit Außenminister Cem in Ankara Ende Februar d. J. standen daher auch aktuelle Menschenrechtsfragen auf der Tagesordnung. In der Türkei müssen in diesem Bereich tiefgreifende Reformen im legistischen Bereich, aber vor allem auch in der Praxis Platz greifen, die mit einer Modernisierung der Türkei sowie einer Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft einher gehen müssen. Solche tiefgreifende Veränderungen können nicht unter Zeitdruck vonstatten gehen, wenn sie dauerhaft sein sollen.

Zu Fragen 2, 3 und 8:

Ich habe diese Problematik gegenüber AM Cem deutlich angesprochen und dabei betont, mit welcher Sensibilität auch die österreichische Öffentlichkeit die jüngsten Entwicklungen in der Türkei verfolgt. Das Gespräch machte deutlich, daß sich die türkische Regierung der internationalen Kritik an der Vorgangsweise der türkischen Ordnungskräfte gegen die Gefängnisrevolte bewußt ist. AM Cem brachte seine Erwartung zum Ausdruck, daß der Annäherungsprozess der Türkei an die EU eine schrittweise Verbesserung der Menschenrechtssituation bewirken würde.

Zu Fragen 4 und 5:

Auch diese Thematik ist mit AM Cem in Ankara erörtert worden, wobei die türkische Seite als Erklärung für die bestehenden Defizite im Menschenrechtssbereich stets das Problem des Terrorismus im Südosten des Landes anführt. Der Außenminister räumte allerdings ein, daß die Gefahr des Terrorismus zurückgegangen sei und damit größerer Spielraum für Reformen im Menschenrechtssbereich bestehe. Dennoch ist nicht zu erkennen, daß die Türkei bei der Umsetzung der notwendigen politischen Reformen auf große interne Schwierigkeiten stößt, wie in letzter Zeit auch von Kommissionsseite festgestellt wurde: die Europäische Kommission plädiert daher angesichts der derzeit für Reformprogramme in der Türkei nicht günstigen Lage dafür, das Schwergewicht weniger auf Kritik als vielmehr auf Ermutigung der reformfreudigen Kräfte zu legen.

Zu Frage 6:

Weder bei meinen Gesprächen, noch bei anderer Gelegenheit habe ich „Verständnis für Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“ bekundet. Hingegen erscheint mir bedeutsam, daß eine öffentliche Diskussion in der Türkei über den Themenbereich Menschenrechte, der in der Vergangenheit weitgehend tabuisiert war, nun in Gang gekommen ist. Gerade aus demokratiepolitischer Sicht ist eine solche Diskussion Voraussetzung für erfolgreiche und anhaltende Reformen in diesem Bereich.

Zu Fragen 7 und 9:

Das Nationale Programm, mit dem die Türkei sozusagen als Antwort auf die Beitrittspartnerschaft der Europäischen Union darstellt, wie und in welchem zeitlichen Rahmen sie zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien gelangen will, war zum Zeitpunkt

meines Türkei - Besuchs inhaltlich noch nicht bekannt. Meine Äußerung war daher lediglich eine, wie sich aus heutiger Sicht bestätigt realistische, politische Prognose, nicht jedoch Ausdruck von Hoffnung oder Genugtuung.

Zu Fragen 10 und 11:

Ja. Ich habe gegenüber AM Cem deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Beitrittskriterien für die Türkei identisch mit jenen sind, die auch gegenüber allen anderen Beitrittskandidaten gelten. Bei der Achtung der Menschenrechte gibt es keine Kompromisse.